

## Unaufhaltsam auf dem Weg in die Koalition mit SPD und Grünen?

Ekkehard Lieberam, 23. Mai 2014

Die Antwort auf die Frage nach der Unaufhaltsamkeit einer Koalition der LINKEN mit SPD und Grünen auf Bundesebene weiß ich natürlich auch nicht. Manches deutet in diese Richtung. Vieles, gerade nach dem Berliner Parteitag, spricht dagegen. Auch Parteiengeschichte ist wie Geschichte überhaupt immer wieder Premiere und für Überraschungen gut. Wandlungen im Verhältnis der Parlamentsparteien hängen nicht nur und vorrangig vom Willen von Fraktionsführern, Wahlkampfleitern oder Parteivorstandsmehrheiten ab, sondern von vielen weiteren Faktoren: dem Auf und Ab gesellschaftlicher Kämpfe und Stimmungen, von den Interessen der herrschenden Klasse, von den politischen Vorstellungen der anderen Bundestagsparteien und nicht zuletzt von den Unwägbarkeiten des Wählerverhaltens und des Wahlergebnisses.

Einige aus unseren Reihen wie Ingo Wagner aus Leipzig (Eine Partei gibt sich auf, Berlin 2004), definierten die PDS und definieren die LINKE als sozialdemokratische Partei besonderer Art. Das ist mir zu pauschal, zumal ich nicht weiß, welche sozialdemokratische Partei gemeint ist, die von 1891, 1914, von 1930, die von 1955/1956 (in der ich einmal Mitglied war) oder die Sozialdemokratie von heute. Auch eine Charakterisierung der LINKEN als linkssozialistische Partei halte ich nicht für überzeugend. Gerade politische Organisationen, die zwischen dem politischen System des Kapitalismus und dem politischen System des Klassenwiderstandes ihren Platz suchen muss man als Marxist in ihrer konkreten Widersprüchlichkeit analysieren und bewerten. Eine Pauschalbewertung, die alles erst einmal auf einen Nenner bringen will, ist da ein problematischer Ansatz.

### Gewerbsmäßiger Parlamentarismus und gesellschaftliche Auseinandersetzungen

Eine differenzierte Sicht gibt den Blick auf mindestens zwei Parteien frei (Hans Modrow sprach, soweit ich mich erinnere, sogar einmal von vier oder fünf Parteien), die unter dem Dach der LINKEN in einer Partei, auch in ihren Führungsgremien, vereint sind. Die LINKE ist eine Sowohl-als-auch Partei, die politischen Widerstand gegen die Interessen des Kapitals leistet, aber auch zum Teil dessen Geschäfte besorgt. In ihr gibt es scharfe Gegensätze zwischen Antikapitalisten und Reformkapitalisten, zwischen Antimilitaristen und Einzelfallprüfern, zwischen engagierten Bewegungslinken und karrieregeilen Regierungslinken. Diese Gegensätze werden (manchmal durch akzeptable, oft durch faule Kompromisse) gedeckelt, brechen aber immer wieder auf. Bei nicht wenigen LINKEN-Politikern fällt es zudem schwer, überhaupt zu erkennen, wo sie genau in den politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit stehen.

Allerdings geht es nicht vorrangig um bloße Differenzen zwischen gegensätzlichen Strömungen in dieser Partei, sondern um das Erkennen der strukturellen Bedingungen und Wirkungen die sie prägen: einerseits die Funktionsweise des modernen gewerbsmäßigen Parlamentarismus (die den Brückenschlag zur politischen Klasse als politischen Teil der herrschenden Klasse befördert) und andererseits die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die in sie hineinwirken, in ihr einen konzentrierten Ausdruck finden. Die Linke schwankt je nach der Stärke dieser Auseinandersetzungen zwischen Anpassung und Opposition, zwischen der Festlegung auf einen nur parlamentarischen Kampf und der Erkenntnis, dass allein das

Primat des außerparlamentarischen Kampfes progressive politische Veränderungen ermöglicht.

Wenn man die Parteiengeschichte von PDS und LINKEN aus der Sicht unseres Themas verstehen will, sind vor allem zwei Dinge von Bedeutung. Zum einen geht es um die intensiven Wechselbeziehungen zwischen sozialen und politischen Bewegungen bzw. kritischen Alltagstimmungen und dem Zustand der Partei. Zum anderen sind jene politischen Mechanismen nicht aus den Augen zu lassen, die bewirken, dass eine zunächst systemoppositionelle Partei (und besonders schnell deren Führungsgremien) sich alsbald in den normalen bürgerlichen Politik- und Parlamentsbetrieb einordnen.

Als wichtige Tendenzen sind zu beobachten: Aus einer antikapitalistischen Partei wird ein kapitalistischer Betrieb, wo unten gearbeitet und oben Geld verdient wird. Ehemals linke Parteien verwandeln sich in politische Karriereagenturen, die auf dem politischen Markt mit inhaltslosen Reklamesprüchen um Stimmen und Mandate konkurrieren. Die Oppositionspartei wird zur Regierungspartei im Wartestand. Wird sie dann tatsächlich Regierungspartei, hat dies in der Regel zur Folge, dass die Interessen der jeweiligen Parteiführung sich dauerhaft mit den Interessen der herrschenden Klasse verbinden. Linke Politik wird identisch mit links blinken, um rechts zu fahren.

Gegentendenzen sind nicht zu übersehen. Soziale und politische Kämpfe, nicht zuletzt auch Proteststimmungen gegen soziale Ungerechtigkeiten und politische Skandale, wirken in die Parteien hinein. Der Kampf gegen Anpassung wird zu einem wichtigen Ansatzpunkt für innerparteiliche Opposition.

Nur aus der Sicht dieser gegensätzlichen Tendenzen ist das schroffe Hin und Her in der Politik und im öffentlichen Ansehen der PDS wie auch der LINKEN zu verstehen, sind die innerparteilichen Auseinandersetzungen in ihren Führungsgremien zu begreifen, ist das offene Abdriften einzelner Politiker ins Lager der Herrschenden erklärbar (so des Mitglieds der Eliteorganisation des US-amerikanischen Kapitals „Atlantik-Brücke“ Stefan Liebig), sind die Absurditäten politischer Dämlichkeit von LINKEN-Politikern in ostdeutschen Ländern wie in Sachsen zu verstehen.

PDS: Ja zur Regierungsbeteiligung führte zur Existenzkrise

Einige Bemerkungen zunächst zur Sicht auf die Geschichte von PDS und LINKEN und zu den wichtigsten Erkenntnissen dieser Geschichte:

Die PDS war seit Ende der neunziger Jahre bereits weitgehend eine systemkonforme Partei, die den anderen Bundestagsparteien immer ähnlicher wurde. Für ihre Führung war sie bereits Regierungspartei im Wartestand auch auf Bundesebene. Sie hatte sich 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und Anfang 2002 in Berlin an den Landesregierungen beteiligt. Typisch für sie war, dass sich ihre Führung programmatisch bereits angepasst, ihr „Godesberg“ schon hinter sich gebracht hatte: Abgehen vom Klassenkampf, Politikverständnis ohne Beachtung der Klassenmachtverhältnisse, ethische Begründung eines völlig unbestimmten Sozialismusziels, das nichts weiter war als ein geschönter Kapitalismus.

Die Wähler der PDS sahen diese Entwicklung offensichtlich nicht so positiv wie ihre Führungsgremien. Es kam zu einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise zwischen ihrer Führung und ihren Wählerinnen und Wählern. Zur Bundestagswahl am 22. September 2002 erhielt die PDS gerade noch mal 4,0 Prozent und verlor mit 600.000 Wählern 20 Prozent ihrer Zweitstimmen. In Berlin verlor sie bei dieser Bundestagswahl gegenüber den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Oktober 2001 sogar innerhalb eines Jahres die Hälfte ihrer Wählerstimmen.

Es kam der große Katzenjammer. Aber wer glaubt, dass derartige offenkundige tiefe Niederlagen eines Anpassungskurses zum innerparteilichen Aufschrei und zu einem Kurswechsel führen, musste sich alsbald eines Anderen belehren lassen. Wahlfrust und auch innerparteiliche Demokratie als Korrektiv gegen Anpassung hatten zumeist nur eine begrenzte Wirkung. In Berlin konnte die dortige Führung unter Stefan Liebich und Klaus Lederer 2002/2003 alle Angriffe von links abwehren. Auf Bundesebene kam es immerhin zu einem deutlichen Protest auf dem Geraer Parteitag im Oktober 2002, kurz nach der Niederlage bei der Bundestagswahl. Das Ruder aber wurde mehr verbal als real nach links ausgerichtet.

Es war ein Parteitag mit einem ernsthaften Richtungsstreit. Aber er führte zu keiner linken Richtungsentscheidung. Gabi Zimmer, die seit 2000 Vorsitzende der PDS war, zeigte in ihrem Eröffnungsreferat bemerkenswerte Einsichten. Sie sagte, wir „müssen uns mit dem Opportunitätsproblem auseinandersetzen“, wir sind „keine Westentaschenreserve der SPD und der Grünen“; wir „brauchen keine zweite sozialdemokratische Partei“. Alles höchst aktuell!

Aber das hielt nicht lange an. Die Fraktion der sogenannten Reformer hatte ein Jahr später 2003 alles wieder unter Kontrolle. Lothar Bisky übernahm wieder den Parteivorsitz. Das Anpassungsprogramm von Chemnitz wurde im März 2003 gegen nur 38 Gegenstimmen verabschiedet. Eine dieser Gegenstimmen kam von mir.

Lehren der damaligen Ereignisse waren: Es ist eine Illusion von linken Politikern (Ausnahmen gibt es immer), die sich auf Anpassungskurs begeben haben, Realitätssinn, Einsicht in ihre Fehler und politische Intelligenz zu erwarten. Solche Politiker sind zumeist verloren. Eine linke Partei, die den Brückenschlag zu den Herrschenden bereits vollzogen hat (und dabei „vergisst“, wer tatsächlich politisch herrscht), kann allein von innen, von der Parteibasis auf diesem Wege nicht mehr gestoppt werden.

Die Rettung vor dem Abstieg in die Bedeutungslosigkeit kam so auch in den Jahren 2004 ff. in der PDS nicht von innen, sondern von außen, von der außerparlamentarischen Bewegung gegen die Agenda 2010. Der damalige rigorose Abbau des Sozialstaates unter Gerhard Schröder hatte den Unwillen von Millionen SPD-Wählern und Gewerkschaftern und Hunderttausenden SPD-Mitgliedern hervorgerufen, eine viele Monate anhaltende Beteiligung von etwa einer halben Million Menschen an den Montagsdemonstrationen ausgelöst und schließlich zur Gründung einer neuen kämpferischen linken Partei, der WASG geführt.

Die WASG erhielt bei den Landtagswahlen in NRW 2,2 Prozent, die PDS lediglich 0,9 Prozent der Stimmen. Bei den Bundestagswahlen am 18. September 2005 (Oskar Lafontaine war inzwischen der WASG beigetreten) kam es zu einer linken Allianz zwischen WASG und PDS bei den anstehenden Bundestagswahlen. Diese „Linkspartei“ erhielt mit 8,7 Prozent der Stimmen 2005 mehr als doppelt so viel Stimmen wie zwei Jahre vorher die PDS; in Westdeutschland stieg der Stimmenanteil von 1,1 auf mehr als das Vierfache, auf 4,9 Prozent!

Was dann geschah war unter zumindest drei Aspekten höchst interessant auch für eine marxistische Parteientheorie:

In der PDS hatte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die auf Anpassung und Regierungsbeteiligung orientierende Fraktion des „Reformlagers“ (Michael Mäde bezeichnete sie seinerzeit als „PDS-Mehrheitsfraktion“) die politische und programmatische Kontrolle über die Partei übernommen. Sie setzte sich zusammen aus der Mehrzahl der Funktionsträger in den ostdeutschen Landesverbänden, großen Teilen der ND-Redaktion, der Apparate des Karl-Liebknecht-Hauses und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Diese Fraktion verlor ab 2005/2006 die Kontrolle über die sich formierende neue Partei Die Linke.

Marxistische und antikapitalistische Positionen, die vorher in der PDS nur noch eine randständige Rolle gespielt hatten, waren nunmehr auch in den Führungsgremien (dem Parteivorstand, der Bundestagsfraktion und den Bundesparteitag) deutlich präsent. Die neue Partei verstand sich programmatisch nicht mehr als Regierungspartei im Wartestand, sondern als linke Alternative zu jenen Parteien, „die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen“ (Präambel des Erfurter Programms) und sich nur unter bestimmten Bedingungen an Regierungen beteiligt. Das Erfurter Programm vom November 2011 sprach ebenfalls wieder von Klassen und Klassenkampf, von politischen Kräfteverhältnissen und von der Eigentumsfrage. „Rote Haltelinien“ auch auf Bundesebene sollten verhindern, dass die Partei ihre Alleinstellungsmerkmale aufgibt. „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“ (Abschnitt V.)

Die ehemalige Mehrheitsfraktion ging vorübergehend in Deckung, stimmte überwiegend für das Erfurter Programm, ohne allerdings derartige Prinzipien und marxistische Züge wirklich zu akzeptieren.

### Kurs auf Regierungsbeteiligung im Bundestagswahljahr 2013

Die zwei wichtigsten Merkmale der jüngeren Entwicklung der LINKEN sind zum einen das Bemühen der teilweise entmachteten „PDS-Mehrheitsfraktion“, die Kontrolle über die Partei zu erlangen, und zum anderen die im letzten Bundestagswahlkampf einsetzende Kampagne, auf Bundesebene möglichst 2013 zumindest aber 2017, eine Koalition mit SPD und Grünen zu bilden.

Auf dem Göttinger Parteitag im Juni 2012 war der Versuch des „Reformlagers“ gescheitert, im Schnellverfahren wieder die Kontrolle über die Gesamtpartei zu übernehmen. Dietmar Bartsch, der mit dem Konzept „mittendrin statt allein“ die im Erfurter Programm formulierte Distanz der LINKEN gegen die „kaum noch unterscheidbaren anderen Parteien“ attackierte, war mit seiner Kandidatur zum Parteivorsitz gegen Bernd Riexinger gescheitert.

Gelungen war der Mehrheitsfraktion bzw. den Regierungslinken auf diesem Göttinger Parteitag allerdings die strukturelle Schwächung der antikapitalistischen Linken in der Partei. Im 12 Mitglieder umfassenden Geschäftsführenden Parteivorstand waren statt sechs, nur noch vier Vertreter der antikapitalistischen Linken vertreten. Fünf zählten sich selbst zu den

„Reformern“; vier davon waren Mitglieder des Forums Demokratischer Sozialismus. Drei Mitglieder galten als moderat.

Zum Kennzeichen wurde fortan eine neuartige Kompromissstruktur zwischen den verschiedenen Strömungen (auf Parteitage, im Vorstand und auch in der Bundestagsfraktion), womit sich DIE LINKE nicht unerheblich von der PDS unterschied.

Dabei war nicht zu übersehen: Mit seiner Neukonstituierung 2007 entwickelte sich das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) zur Kaderagentur der Regierungslinken, zum organisatorischen Hauptinstrument der Ausrichtung der LINKEN auf einen Kurs der bedingungslosen Regierungsbeteiligung. Es suchte der alten Mehrheitsfraktion der PDS erneut die Kontrolle über die Partei zu sichern, übernahm die Parteivorstände in den meisten ostdeutschen Bundesländern (so auch in Sachsen). Es stieß mit diesen Aktivitäten jedoch auch auf Widerstand.

Im Unterschied zu den anderen Zusammenschlüssen in der LINKEN ist das fds nicht ein Zusammenschluss von einfachen Mitgliedern, sondern eine Organisation vor allem von Funktionsträgern mit gut 450 Mitgliedern, die mit ihren Leuten auch auf Bundesebene die Vorstände und die Fraktionen zu majorisieren sucht. Inhaltlich unterstützt es Positionen, die die marxistischen Ansätze im Erfurter Programm negieren. Es vertritt ein Politikverständnis, das im parlamentarischen Regierungssystem die Zentralachse des politischen Entscheidungsprozesses sieht.

Gregor Gysis Kurs, die Frage der Regierungsbeteiligung mit in den Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes der LINKEN 2013 zu stellen, hatte (im Zusammenhang mit dem von ihm als großen Erfolg hochgejubelten, der Sache nach aber sehr bescheidenen Wahlergebnis von 8,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2013) eine große Wirkung. Der linke Flügel der Partei fand sich im Wesentlichen mit diesem Kurs ab, stellte ihn kaum in Frage. Eine Grundsatzdiskussion in der Partei etwa über die damit verbundenen politischen Illusionen oder über die Abkehr von den Positionen des Erfurter Programms ist nicht in Gang gekommen.

Bei vielen Linken (auch bei nicht wenigen Antikapitalisten) dominiert im Zusammenhang mit dieser Frage eine seltsame und absurde Ignorierung der machtpolitischen Realitäten. Die Orientierung auf Regierungsbeteiligung hat den Charakter eines Illusionstheaters und kaum einer thematisiert dies. Es wird kaum gesagt, dass eine derartige Regierungsbeteiligung eben nicht zu haben sein wird, ohne Zustimmung zu Militäreinsätzen der Bundeswehr im Ausland und zur Agenda 2010 und auch nicht ohne ein Ja zur Totalitarismuskonzeption und zur aggressiven Politik gegenüber der Russischen Föderation. Es wird nicht begriffen, dass es weder eine linke Mehrheit in der Gesellschaft noch im Bundestag gibt. Negiert wird, dass man in Zeiten, da die herrschende Klasse politisch fest im Sattel sitzt, als antikapitalistische Linke in aller Regel nicht in die Regierung gehen darf.

Widerstand vor und auf dem Berliner Parteitag

Was geschah im Vorfeld?

Auf dem Hamburger Europaparteitag im Februar kam es, wie die junge Welt am 16. 2. 2014 titelte, zum „Durchmarsch der Realos“, konkret zur prinzipienlosen Aufweichung der linken Kritik an der EU im Europawahlprogramm und zur Vergabe der acht aussichtsreichen Plätze für das Europaparlament (mit einer Ausnahme) an Regierungslinke.

Entgegen den Empfehlungen des Bundesausschusses (der dafür zuständig ist), gelang es dem Forum Demokratischer Sozialismus (man sagt mit Unterstützung von Gregor Gysi) den bekannten Friedensaktivisten Tobias Pflüger und die gewerkschaftlich engagierte und kompetente Europaabgeordnete Sabine Wils von der vorgelegten Liste zu streichen.

Etwas später, am 9. April, stimmte der Bundestag über den Militäreinsatz der Bundeswehr mit einem Kriegsschiff zur vorgeblichen Absicherung der syrischen Chemiewaffenvernichtung ab. Gregor Gysi hatte in der entsprechenden Fraktionssitzung für eine Enthaltung plädiert, also für ein einheitliches Signal „wir bewegen uns“.

An dem Stimmverhalten (35 dagegen, 18 Enthaltungen, fünf dafür, sechs abwesend) wurde deutlich: Die Mehrheit der Fraktion folgte Gregor Gysi nicht und blieb bei einem konsequenten Nein. Eine Minderheit (durchweg Abgeordnete die dem fds angehören oder nahe stehen) ging offen ins Lager der Befürwortung des Militäreinsatzes über.

Der Berliner Parteitag vor gut zehn Tagen sorgte dann für erstaunliche Überraschungen.

Gegen den Kurs auf Regierungsbeteiligung auf Bundesebene gab es eine deutliche, wenn auch nicht lautstarke Opposition. Bernd Riexinger sagte, dass es keinen Grund gebe, „die friedenspolitischen Positionen aufzuweichen, auch nicht als Türöffner für irgendwelche Regierungskoalitionen“. Hans Modrow bemerkte: "Wenn Die Linke ihre Alleinstellungsmerkmale zur Disposition stellt, stellt sie sich selbst zur Disposition.“ Von „roten Haltelinien“ war allerdings kaum die Rede. Der Parteitag beklatschte die als Spitzenkandidaten und für Regierungsbeteiligung bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen antretenden Spitzenkandidaten Christian Görke, Bodo Ramelow und Rico Gebhardt.

Das Forum Demokratischer Sozialismus konnte seinen Durchmarsch von Hamburg nicht fortsetzen, im Gegenteil, es verlor offenkundig an Einfluss.

Unter dem Eindruck der Zuspitzung der internationalen Situation im Ukraine-Konflikt und der damit entstandenen akuten Kriegsgefahr geriet die Tagesordnung völlig durcheinander. Die Zusammenschlüsse der antikapitalistischen Linken (Geraer Dialog, Antikapitalistische Linke, Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke) bestimmten maßgeblich den Verlauf der Debatte.

An Stelle einer vorgesehenen Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen wurde zweieinhalb Stunden lang über die durch die aggressive Politik von USA und NATO zur Einkreisung der Russischen Föderation entstandene Kriegsgefahr in Europa diskutiert. Dabei kam ein Beschluss zu Stande, der in wichtigen Punkten akzeptabel ist aber auch eklatante Schwächen aufweist. Negativ war, dass kaum ein Delegierter (lediglich Sevim Dagdelen tat es) über die eigentlichen Ursachen des Konflikts, über die globale Strategie des USA-Imperialismus, der NATO, der Bundesregierung und auch der EU redete.

Hinsichtlich des Themas Regierungsbeteiligung war wichtig:

Die Offensive des fds zur erneuten Kontrolle der Regierungslinken über die Gesamtpartei und damit auch deren Ausrichtung auf „Regierungsverantwortung“ auf Bundesebene geriet deutlich ins Stocken, auch bei den Vorstandswahlen. Für die nächste Zeit ist nicht mit einer derartigen Kontrolle des „Reformlagers“ über die zentralen Gremien der LINKEN zu rechnen.

Der Versuch, mit Dominic Heilig einen weiteren fds-Mann als stellvertretenden Vorsitzenden wählen zu lassen, scheiterte ebenso wie der, die Anzahl der fds-Leute im Vorstand zu erhöhen. Stattdessen wurden für Jan van Aken und Sahra Wagenknecht, die aus dem Geschäftsführenden Vorstand ausschieden, die profilierten Linken Tobias Pflüger (mit 54 Prozent) und Janine Wissler (mit 83 Prozent) gewählt.

Weiterhin scheiterte der Plan des fds, den Delegierten der Zusammenschlüsse generell das Wahlrecht bzw. das Wahlrecht hinsichtlich Finanzfragen und Personalfragen (dies forderte ein Antrag aus Sachsen) zu entziehen und so die linken Zusammenschlüsse politisch weitgehend auszuschalten.

Welche Fragen stellen sich angesichts all dieser recht widersprüchlichen Entwicklungen hinsichtlich unseres heutigen Themas?

Erstens: Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: ein wichtiger Trend geht nach wie vor verstärkt in Richtung Regierungsbeteiligung der LINKEN auf Bundesebene. Aber Gegenkräfte haben sich in Stellung gebracht: Vor allem wurde im Referat von Bernd Riexinger eine politische Linie entwickelt, die damit nicht konform geht, die sich am Erfurter Programm orientiert und grundsätzlich einen anderen Politikbegriff vertritt: den der Massenmobilisierung als dem eigentlichen Weg, eine politische Wende zu erreichen.

Zweitens: Der Kurs auf eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene (flankiert von Regierungsbeteiligungen in den Ländern Brandenburg, Thüringen und Sachsen) zielt auf die Verschleierung der gegebenen Herrschaftskonstellation. Dieser Kurs, der auch in verschiedenen Papieren von Bernd Riexinger und Katja Kipping befürwortet wurde, verstärkt die weitere Anpassung der Linken an den herrschenden Politikbetrieb, droht die von antikapitalistischen Linken in der Partei vorgeschlagene Mobilisierungsstrategie zu blockieren.

Wir müssen mit einer längeren Zeit rechnen, in der sich die „zwei Parteien“ in der Linken zumindest auf Bundesebene arrangieren, aber auch um Geländegewinne kämpfen.

Eine vollständige Kontrolle des fds bzw. des „Reformlagers“ über die Gesamtpartei ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Die Linken in der Linken müssen mehr denn je Klartext reden, Imperialismus als Imperialismus benennen und die Alleinstellungsmerkmale der LINKEN als Antikriegspartei, als Antiprivatisierungspartei, als Partei, die gegen die neoliberale Kapitaloffensive antritt, verteidigen und ausbauen.

Dabei sollten wir keine Illusionen haben: DIE LINKE, so wie sie heute ist, als Sowohl-als-auch-Partei, ist nicht die Partei, die die Lohnabhängigen in der Klassenkämpfen des 21. Jahrhunderts brauchen. Wir werden sie aber auf absehbare so nehmen müssen, wie sie ist.

Drittens: Aktuell ist die Aufgabe (und sie wurde auf dem Parteitag durchaus wahrgenommen), die Zusammenarbeit und Vernetzung aller antikapitalistischen und marxistischen Linken in der Partei zu verstärken. Es steht zugleich die Aufgabe an, alle antikapitalistischen und marxistischen Linken, in und außerhalb der Partei, zusammenzuführen.

Dem Kurs auf Anpassung, wofür Regierungsbeteiligung steht, ist ein anderer Kurs entgegensetzen: ein Kurs der Massenmobilisierung gegen Kriegspolitik, mediale Verdummung, gegen die anwachsende soziale Ungleichheit und für Eingriffe in die Eigentumsrechte der Energiekonzerne, der Banken, der kapitalistischen Betriebe überhaupt. Dafür gibt es mit dem Referat von Bernd Riexinger meines Erachtens eine gute Grundlage.